

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Osnabrück. Laut dem Global Peace Index 2017 ist Afghanistan nach Syrien das zweitunsicherste Land der Welt. Ein Land in dem die Bundeswehr seit über 15 Jahren Krieg führt. Aus dieser überaus unsicheren und gefährlichen Situation sind viele Afghan*innen geflohen, auch nach Deutschland. „Das die Bundesregierung überhaupt darüber nachdenkt Menschen nach Afghanistan abzuschicken ist eine bodenlose Frechheit“, äußert sich Heidi Reichinnek dazu. Weiter: „Menschen in dieses Land zurückzuschicken ist unmöglich.“ Die Ratsfraktion DIE LINKE. stellt daher einen Antrag zur heutigen Ratssitzung um ein Signal aus der Friedenstadt Osnabrück zu senden, dass Abschiebungen nach Afghanistan gestoppt werden. Ähnliche Resolutionen wurden bereits in mehreren deutschen Städten beschlossen. So auch im September in Münster. „Es bietet sich hier eine echte Chance für die Stadt Osnabrück den Begriff Frieden mit Leben zu füllen. Diese Resolution ist vor allem auch ein wichtiges Zeichen an die Menschen, die in unserer Stadt Schutz gefunden haben.“, erklärt Reichinnek abschließend.

Änderung des Handlungsprogramms „Bezahlbarer Wohnraum“

Osnabrück. Die Änderungen des Handlungsprogramms „Bezahlbarer Wohnraum“ die heute auf der Tagesordnung stehen, beruhen auf den „Rahmenvorgaben für die Baulandentwicklung“, die in der letzten Ratssitzung am 05.09.2017 im nichtöffentlichen Teil beschlossen wurden. Unsere Fraktion hat hierzu eine Beschwerde bei der Kommunalaufsicht eingereicht. „Das Verfahren der Verwaltung lehnen wir weiterhin entschieden ab. Es bedarf einer öffentlichen Diskussion über die Bauland- und Wohnraumpolitik in der Stadt Osnabrück und keine undemokratische Hauruck Entscheidung unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der in dieser Sache engagierten Osnabrücker*innen.“, fordert Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz. Weiter: „Die Änderungen am Handlungsprogramm sind hier ja nur kosmetischer Natur. Die Entscheidung über die städtische Baulandpolitik wurde ja schon längst im Hinterzimmer gefällt. Der Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil war ein Verstoß gegen das Öffentlichkeitsgebot und somit nichtig. Wir hoffen, dass die Kommunalaufsicht sich alsbald hierzu äußert.“

Sonntagsflohmärkte erhalten

Osnabrück. Ein Urteil des OVG Lüneburg aus dem April dieses Jahres gefährdet die Floh- und Trödelmärkte am Sonntag. „Wir sprechen uns dafür aus Flohmärkte nicht pauschal zu verbieten“, äußert sich Heidi Reichinnek dazu. Dem Antrag zum „Erhalt der Osnabrücker Flohmärkte“ stimmt die Fraktion DIE LINKE. zu, stellt aber in einem Änderungsantrag noch einmal klar, dass vor allem die Unterscheidung wann ein Flohmarkt gewerblich oder privat ist geprüft werden muss. „Um wen geht es hierbei, Anmelder*in des Flohmarkts oder um die Aussteller*innen?“, fragt Reichinnek. „Flohmärkte sind ein wichtiges Kulturgut und auch ein Ausdruck gelebter Nachhaltigkeit. Für viele Bürger*innen sind die sonntäglichen Flohmärkte sehr wichtig. Daher fordern wir, dass bis zur abschließenden Prüfung die Osnabrücker Flohmärkte weiter zugelassen werden.“, stellt Reichinnek klar.